

Calmer Tagblatt

Nr. 251

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Veröffentlichungswerte: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 RT., Familienanzeigen 35 RT., Nekrolog 20 RT., Schlüsselschl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Freitag, den 26. Oktober 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Tageslohn 11000000 RT., wöchentl. Postbezugspreis 11000000 RT., ohne Postgebühr. Einzelnummer 2000000 RT. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der Reichskanzler gegen die französische Gewaltpolitik.

Kein Fuß breit rheinischen Bodens wird abgetreten!

Reichsinnenminister und Reichskanzler für das Rheinland.

Hagen, 26. Okt. Der große Saal der neuen Stadthalle, der größte Saal Hagens, war bis auf den letzten Platz gefüllt und Hunderte mußten noch umkehren, die gekommen waren, um wie Reichsminister des Innern, Soliman, erklärte, den Reichsinnenminister des Reichsregierung entgegenzunehmen. Die Rede des Reichskanzlers, so bemerkte der Reichsinnenminister, sei nicht nur für das deutsche Volk, sondern darüber hinaus für die ganze Welt bestimmt. Die Reichsregierung empfinde mit dem deutschen Volk die furchtbare Not des Augenblicks. Aber trotz dieser Not dürfe das Volk, dürfe jeder Einzelne nicht verzweifeln, sondern müsse sich mit ganzer Kraft zu neuer Arbeit und neuen Taten aufraffen. Die Schuld an dieser furchtbaren Not laste mit ihrer ganzen Wucht auf den Schultern Frankreichs, das sich als unversöhnlicher Feind zeige. Ein Volk, dem das Verfügungsrecht über seine reichsten Gebiete dauernd entzogen werde, könne sich nicht wieder erheben. Trotz dieser furchtbaren Not halte die rheinische Bevölkerung treu zu Deutschland und kein ausländischer Mensch habe mit dem Gefühl etwas gemein, das sich jetzt als Separatisten der Herrschaft zu bemächtigen suche. Man könne zwar die Rheinländer mit Waffengewalt niederzwingen, aber man könne nichts an der geschichtlichen Tatsache ändern, daß das, was dort vor sich gehe, gegen den einmütigen Willen des deutschen Volkes am Rhein geschehe. Wir begrüßen die Tapferen an Rhein und Ruhr, so fuhr der Minister fort, die in Hunger und Not für das Vaterland gekämpft haben und noch festhalten, und ehren die Toten, die dort für das Vaterland gestorben sind. Der Minister versicherte, daß die Reichsregierung nicht daran denke, die Rheinlande preiszugeben und daß sie nach wie vor in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die besetzten Gebiete unterstützen werde. Er gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk durch all die Not des Augenblicks hindurch in Arbeit und Pflichterfüllung sich den Weg einer besseren Zukunft freimachen werde.

Der Minister für die besetzten Gebiete, Fuhs, sprach den besetzten Gebieten den aufrichtigsten und herzlichsten Dank der Reichsregierung für ihr mutvolles Ausharren bei all der Bedrückung aus, der ihre Bevölkerung ausgeht gewesen sei. Er, der einer der ersten gewesen sei, die des Landes verwiesen wurden, weil er es für seine Pflicht gehalten habe, dem Reich und dem Vaterlande die Treue zu wahren, lenne die seelischen und die körperlichen Leiden, denen die Bevölkerung seit Jahr und Tag ausgeht gewesen sei. Kein Dank sei heiß genug für das, was dort geleistet werde.

Dann betrat Reichskanzler Dr. Stresemann, stürmisch begrüßt, das Rednerpult. Er führte aus, der Kampf an Rhein und Ruhr habe wohl den Höhepunkt erreicht. In dem Kampf, der mit ungleichen Waffen geführt werde, werde unter dem Schutz französischer und belgischer Bajonette von den Separatisten der Versuch gemacht, ihre Herrschaft aufzurichten und das Rheinland, sowie andere deutsche Gebiete unter ihre Gewalt zu bringen. Wenn die Franzosen und die Belgier nicht dahinter steckten, so würde die Bevölkerung und zwar die ganze Bevölkerung des Rheinlandes, diesem Karnevalsanzug in 24 Stunden ein schnelles Ende bereiten. Und wenn die französischen und die belgischen Bajonette dabei Hilfe leisteten, so sei das ein Wortbruch schälimster Art gegen feierliche Versprechungen, die in verschiedenen interalliierten Verträgen festgelegt seien. Der Reichskanzler sprach dann allen denen, die in vorbildlicher Einigkeit selbst unter dem Einsatz von Freiheit und Leben den ungleichen Kampf führten, heißen Dank aus, der gar nicht heiß genug sein könne. Allen Teilen der Bevölkerung gebühre dieser Dank und nicht zuletzt der braven Schutzpolizei, die dort unter unerträglichen Qualen ihre Pflicht getan habe. Aber was dort an Rhein und Ruhr geschehe, sei nur ein Ausschnitt aus der großen deutschen Not. Leider sei dies nicht die einzige Not der Stunde. Uns droht das Gespenst der immer größer werdenden Erwerbslosigkeit, der Preissteigerungen und des Währungszerfalls. Die Schuld an diesem Unheil falle einzig und allein Frankreich zur Last. Die Mittel, die Frankreich gegen Deutschland anwende, seien gegen Gesetz, Vertrag und Recht, gegen die geschriebenen Verträge und gegen das ungeschriebene Menschenrecht der Völ-

ker. Was man auch immer über den passiven Widerstand sagen möge, eines habe er gezeigt: die Millionen, die unter ihm litten — denn die Leiden des passiven Widerstandes seien viel größer als die des aktiven Widerstandes — hätten ihrem Lande die Treue gewahrt, einem Lande, das arm und machtlos geworden sei. Wenn der Widerstand habe aufgegeben werden müssen, so sei das wahrhaftig nicht geschehen, um die Gnade Poincarés zu gewinnen, sondern weil es notwendig gewesen sei, andere Verhältnisse in der internationalen Politik zu schaffen. Der französische Ministerpräsident habe wiederholt erklärt, daß es nur der passive Widerstand sein, der ihn verhindere, mit Deutschland in Verhandlungen zu treten. Jetzt, wo alle Verordnungen, die sich auf den passiven Widerstand bezogen hätten, seitens der deutschen Regierung aufgehoben worden seien, behaupte er, der passive Widerstand dauere noch an, weil die Unterstützungen bis zum 22. Oktober bezahlt worden seien und weil die Beamten ihren Gehalt weitererhalten hätten. Diese Zahlungen seien jedoch selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung gewesen, die durch die gänzliche Einstellung dieser Zahlungen die Menschen doch nicht habe hungern lassen dürfen. Wenn der französische Ministerpräsident jetzt verlange, daß erst einmal der Zustand an Rhein und Ruhr wiederhergestellt werde, wie er vor dem 11. Januar bestanden habe, dann müsse man doch fragen, wann die französische Regierung diesen Zustand als wiederhergestellt betrachte. Gab es damals am 11. Januar eine französische Eisenbahnregie oder eine deutsche Eisenbahnverwaltung, gab es eine deutsche oder eine französische Verwaltung an Rhein und Ruhr? Der Reichskanzler wiederholte dann, was er letzthin im Reichstag ausgesprochen hatte: Unser ist der Boden, unser ist das Land, unser ist der Besitz an diesen Eisenbahnen. Und das wollen wir uns nicht rauben lassen. Niemals werden wir durch eine Unterschrift von unserer Seite diesen Raub zu einem legalen machen. Wie ist denn die Lage? Das Rheinland ist seit Jahr und Tag behandelt worden wie eine französische Militärkolonie, nur daß in einer solchen Kolonie noch mehr Freiheit herrscht als an Rhein und Ruhr. Für das Rheinland besteht das Rheinlandabkommen. Das ist wahrhaftig schon Eingriff in die deutsche Freiheit genug, aber es kann sich immerhin auf den Vertrag von Versailles stützen, wenn auch die Bezeichnung „Vertrag“ für die Art, wie das Dokument zustande gekommen ist, kaum die richtige ist. Bleibt dann überhaupt noch etwas von der deutschen Souveränität übrig? Wenn jetzt der deutschen Regierung der Vorschlag zur bedingungslosen Annahme unterbreitet worden ist, durch den die Regie sich an die Stelle der deutschen Eisenbahnverwaltung im besetzten Gebiete setzen will, und noch die Abtretung weiterer wichtiger Eisenbahnlinien, so die Frankfurt-Darmstadt und der einzigen Linie nach Holland verlangt, so frage ich, ist denn Deutschland ein Freiwild für die französische Gewaltpolitik? Nicht einmal verhandeln hat die deutsche Regierung über diesen Vorschlag können, sondern es ist vorbehaltlose Annahme oder Ablehnung verlangt worden. Nun, die deutsche Regierung hat keine 24 Stunden zur Ablehnung des Vorschlages gebraucht. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache mit den Vertretern des besetzten Gebiets.

An die Darlegungen des Reichskanzlers, denen der preußische Ministerpräsident für die preußische Staatsregierung in vollem Umfange beitrug, schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von den Vertretern des besetzten Gebietes auf die mit der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der Lebensmittelnot für die besetzten Gebiete verbundenen Gefahren hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für das besetzte Gebiet wurde als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten möglichst schnelle Hilfe zu. Ein wertbeständiges Zahlungsmittel wird nach Mitteilungen des Vorsitzenden der Städtevereinigung von den rhein. Städten mit Genehmigung der Reichsregierung geschaffen werden. Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer ständigen engen Fühlungnahme untereinander und mit der Reichsregierung und zur Mitwirkung bei den Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiete einen Ausschuß eingeseht hätten.

Neueste Nachrichten.

Der Reichskanzler hat gestern in Hagen vor den Vertretern der besetzten Gebiete nochmals in feierlicher Weise betont, daß keine deutsche Regierung auch nur einen Fuß breit deutschen Bodens am Rhein oder anderwärts preisgeben werde. Er fragte mit denkbar scharfer Deutlichkeit die Vergewaltigungspolitik Poincarés an, und kennzeichnete die Putsch des Sonderbündlergesindels als ausgesprochene französische Mache. Die Reichsregierung denke nicht im entferntesten daran, das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen.

Die französische Regierung hat an die Befehlshaber im besetzten Gebiet Befehle ergehen lassen, daß sie die von Frankreich finanzierten und von den Besatzungstruppen geschützten Putsch verdrängerischen Gesindels im Rheinland als „gesetzmäßig“ anzuerkennen haben. Infolgedessen haben die französischen Militärs in Bonn die vertriebenen Sonderbündler wieder eingeseht. Auch Belgien tritt jetzt offen für die Separatisten ein. Belgisches Militär hat ihnen in Aachen wiederum zur Nacht verholken.

In der Pfalz wurden die Autonomiebestrebungen rasch erstickt. Die Sozialdemokraten haben sich von der Sache zurückgezogen. Nun erklärt aber General de Meh, daß die „Pfälzische Republik“ unbedingt errichtet werden müsse, ein Zeichen dafür, wer das größte Interesse an solchen Sonderbestrebungen hat.

Offener französischer Eingriff für die Separatisten.

Anerkennung der „Gesetzmäßigkeit“ des Putsches. Bonn, 25. Okt. Heute mittag 12 Uhr marschierte die französische Besatzung auf Befehl Tirards zum Rathaus und besetzte es. Die grün-weiß-rote Flagge ist wieder gehißt und die Republik wieder hergestellt worden.

Berlin, 26. Okt. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Koblenz hat der französische Oberkommissar des Rheinlandes von Paris die Weisung erhalten, die Separatistenbewegung als gesetzmäßig anzuerkennen. Im Laufe des heutigen Tages sei eine diesbezügliche Ordonnanz der Rheinlandkommission zu erwarten. Die Reichsregierung werde, wie das Blatt schreibt, gegen diesen neuen Willkürakt in schärfster Weise protestieren. Sobald ihr Material über Fälle vorliegt, in denen die französischen und belgischen Besatzungstruppen ihre Neutralität aufgegeben haben.

Auch die Belgier treten offen für die Sonderbündler ein.

Aachen, 25. Okt. Auf die Nachrichten, daß das Regierungsgebäude verhältnismäßig schwach von Sonderbündlern besetzt sei, beschloß die Polizei, von dem Regierungsgebäude Besitz zu ergreifen. Es gelang ihr auch, morgens gegen 6 Uhr ohne daß ein Schuß fiel, in das Gebäude einzudringen. Ein Teil der Sonderbündler hatte sich der eingedrungenen Polizei mit hochgehobenen Händen ergeben, als plötzlich mehrere belgische Soldaten und Gendarmen hinter den Polizisten herankamen und diese zum Verlassen des Gebäudes aufforderten. Der Gewalt weichen, verließen die Polizisten wieder das Gebäude. In der Ecke der Hindenburgstraße bei der Länderbank fielen darauf von hinten mehrere Schüsse auf die Polizeibeamten, wodurch einige Beamten verletzt wurden. Das Regierungsgebäude ist jetzt wieder von den Sonderbündlern besetzt und zwar, wie es scheint, in größerer Zahl. Die Absperrung der Umgebung des Regierungsgebäudes, die gestern noch von der deutschen Polizei vorgenommen wurde, ist jetzt in den Händen der belgischen Gendarmerie und ihrer Militärs. Belgische Gendarmen schlugen mit Gummihämmern auf friedliche Passanten ein. Die Polizei ist im Gebäude des Polizeipräsidiums versammelt und erwartet einen Angriff. Die Besatzung tritt unverhüllt für die Sonderbündler ein.

Frankreich will die „pfälzische Republik“ erzwingen.

Berlin, 25. Okt. Nach hier eingegangenen Nachrichten soll trotz des gestrigen Mißerfolges morgen nachmittag um 4 Uhr die autonome Republik in Speyer ausgerufen werden. Zu dieser Stunde hat General de Meh eine Versammlung des Kreistages und der Führer von Industrie und Handel einberufen. Dieser Versammlung will der General die Verkündigung der

pfälzischen Republik erneut vorschlagen. Er soll diesen Plan auch dann durchzuführen entschlossen sein, wenn ihn die Versammlung ablehnt. General de Meij versuchte, die pfälzischen Sozialdemokraten damit einzufangen, daß die Erklärung, die gestern von Major Louis abgegeben wurde, und die vorher mit den pfälzischen Sozialdemokraten vereinbart worden war, ursprünglich die Ausrufung der pfälzischen Republik als eines autonomen Staates innerhalb des Rahmens des Reiches vorgezogen hätte. Major Louis ließ dann die Worte „im Rahmen des Reiches“ in seiner Erklärung weg, was dazu führte, daß sich die Sozialdemokraten in Übereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien für die Ablehnung erklärten. General de Meij behauptet nun heute, es habe bei der Auslassung des Majors Louis ein Übersetzungsfehler vorgelegen. Mit dieser Absicht sucht er anscheinend die Sozialdemokraten wieder einzufangen. Als feststehend kann angenommen werden, daß die Franzosen zielbewußt auf die Loslösung der Pfalz nicht nur von Bayern, sondern auch vom Reiche ausgehen. Die Reichsregierung hat, wie wir erfahren, ihren Geschäftsträger in Paris, der bereits wegen der Vorgänge in Düsseldorf, Bonn und anderen Städten bei der französischen Regierung wiederholt vorgebracht wurde, beauftragt, gegen das Vorgehen des Generals de Meij in der Pfalz Protest zu erheben.

Der sozialdemokratische Parteivorstand gegen die Pfalzrepublik.

Berlin, 26. Okt. Laut „Vorwärts“ hat der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei gestern folgendes Telegramm an den sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Ludwigshafen gerichtet: „Ersuchen dringend im Pfalzfrage Einvernehmen mit Koalitionsparteien herzustellen. Jegliche Maßnahme, die auch nur indirekt französische Rheinbundpläne unterstützt, ist unbedingt zu unterlassen. — Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände verurteilt in einer Rundgebung auf das Entschiedenste die auf Loslösung der Pfalz hienzielenden Verhandlungsversuche einzelner Persönlichkeiten.“

Berlin, 25. Okt. Der „Vorwärts“ wendet sich heute gegen die von der Deutschnationalen Partei ausgesprochene Beschuldigung der Sozialdemokratie, sie habe in der Pfalz Landesverrat begangen. Die Stellung der Sozialdemokratie zum Reiche sei vom Parteivorstande in einer nicht mißzuverstehenden Weise festgestellt worden. Ein Parteimitglied, das es unternehme, im Einvernehmen mit einer auswärtigen Macht auch nur einen Fußbreit deutschen Boden vom Reich loszulösen, wäre für die Partei erledigt. Eine andere Frage sei es jedoch, ob die Parteigenossen in der Pfalz richtig gehandelt haben und ob sie nicht im voraus unter den gegebenen Umständen auf ihre Aktion besser verzichtet hätten. — Das Blatt gibt dann weiter ein heute morgen eingelaufenes Telegramm des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Ludwigshafen wieder, welches lautet: „Alle Nachrichten über die Trennung der Pfalz von Bayern Lügen.“

Rundgebung der bürgerlichen Parteien der Pfalz gegen die Autonomie.

Neustadt a. Haardt, 25. Okt. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien der Pfalz trafen heute nachmittag hier zusammen, um zur Frage eines autonomen Staates Pfalz Stellung zu nehmen. Die bürgerlichen Parteien haben nach der „Pfälzischen Rundschau“ folgenden Beschluß gefaßt: „Wir stehen auf dem Boden der Reichsverfassung und lehnen jeden Verfassungsbruch ab.“ Der Beschluß wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall angenommen.

Smuts über die europäische Lage.

Eine neue englische Anklage gegen Frankreich.

London, 24. Okt. Der Premierminister von Südafrika, General Smuts, erklärte in einer Rede auf einem Essen des Südafrikanischen Clubs zur europäischen Lage, 4 Jahre seien seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles vergangen, aber einen Frieden gebe es noch nicht. Der Krieg sei nun auf das wirtschaftliche Feld übertragen, wo er heftiger und zerstörender geführt werde als während des Krieges. Alle Sieger und Besiegte gingen der sicheren und unvermeidlichen Niederlage entgegen. Das internationale Chaos wachse. Überall sehe man bewaffnete Männer und riesige Heere, sogar unter den kleinen und neutralen Staaten, die sich dies unmöglich leisten könnten. Die schwarzen Horden Afrikas seien herbeigerufen, um das moralische und politische Gleichgewicht Europas wieder herzustellen. Die menschlichen Grundzüge würden überall verhöhnt und entwürdigt. Die Lage habe nicht nur die Ausführung wichtiger Teile des Friedensvertrags unmöglich gemacht, sondern bedrohe die allgemeine Friedensregelung. Entweder müsse eine umfassende, endgültige Regelung jetzt erzielt werden, oder die Lage werde hintreiben, bis sie ihre eigene furchtbare Remisifs herbeiführen werde. Die Lage erfordere eine radikale Neuregelung und wo notwendig, eine Revision der bestehenden Vereinbarungen. Die Zeit sei gekommen für die Einberufung einer großen Konferenz der Mächte, die hauptsächlich an der Reparationsfrage interessiert seien. Weder die Reparationskommission noch der Völkerbundsrat sollten ersucht werden, diese Frage zu lösen. Sie hätten nicht die Macht oder Verantwortlichkeit, die auf den Regierungen der Mächte ruhe. Dies sei eine Sache der Mächtehaber und nicht der Agenten. Die Konferenz könne beschließen, gewisse Untersuchungen an untergeordnete Körperlichkeiten zu verweisen, aber handeln und entscheiden müsse sie selbst. Beschlüsse von weitreichender Bedeutung müsse sie ebenfalls selbst fassen. Smuts fügte hinzu: Ich weiß, daß Verhandlungen im Gange sind, um eine derartige

Konferenz zustande zu bringen. Daher werde ich davon absehen, mehr darüber zu sagen, ausgenommen, daß ich keinen Grund zu der Annahme habe, daß irgendwelche in Betracht kommende Mächte es ablehnen würden, zu einer solchen Konferenz zu kommen. Aber ich glaube, daß die Anwesenheit der einen oder anderen Macht die übrigen nicht daran hindern sollte, zusammenzukommen und die Lage nach bestem Können zu behandeln. Es ist von vitaler Bedeutung, daß die Vereinigten Staaten als aktives Mitglied daran teilnehmen und ihr volles Gewicht in die Waagschale werfen, das entscheidend sein könnte als das Gewicht jeder anderen Macht. Smuts erklärte weiter, der Reparationsgesamtbetrag müsse auf eine vernünftige Summe ermäßigt werden und nach dem letzten Schriftwechsel der britischen, französischen und belgischen Regierung scheine es möglich, zu einer derartig vernünftigen Summe zu gelangen. Jedenfalls sei ein Moratorium von etwa 2 Jahren für Deutschland notwendig, bevor die Zahlungen beginnen, damit Deutschland seine Währung reformieren und seinen Kredit und das Gleichgewicht seines Budgets wiederherstellen könne. Deutschland sei immer noch in der Lage, angemessene Reparationen bis zu einem sehr hohen Betrag zu bezahlen. Smuts schilderte hierauf die Gefahr (!), die der Welt drohen (?) würde, wenn Deutschland von den Reparationszahlungen befreit würde, da es seine innere Schuld gestrichen und seine industrielle Produktion und Organisation seit dem Frieden sehr verbessert habe. Es könnte keinerlei Reparationszahlungen von Deutschland geleistet werden, solange die Ruhrbesetzung fort-dauere. Die Ruhrbesetzung müsse ohne weitere Verzögerung zu einer unsichtbaren (!) gemacht werden. Die Verbindung mit dem übrigen Teil Deutschlands müsse wieder hergestellt werden. Die Ruhrbesetzung, die als ein produktives Pfand angesehen werde, sei eine direkte Ausbeutung des deutschen Gebiets, die im Friedensvertrag überhaupt nicht vorgesehen sei und bedeute, daß Frankreich seine eigenen Pläne an die Stelle des im Friedensvertrag vorgesehenen Planes setze. Wenn das Abkommen zwischen General Dégoutte und den Ruhrindustriellen der Reparationskommission zur Bestätigung unterbreitet würde, so würde eine Rechtsfrage aufgeworfen werden, da die Kommission nur die Bestimmungen des Friedensvertrags ausführen könne. Die Franzosen hätten das Wort „Revision“. Trotzdem hätten sie tatsächlich die Revision des Versailler Vertrags begonnen. Dem britischen Ersuchen, daß die Frage der Legalität der Ruhrbesetzung dem obersten internationalen Gerichtshof unterbreitet werden solle, sei nicht stattgegeben worden aus dem einfachen Grund, weil kein Zweifel über die Ungefestigkeit herrschen könne. Von neuem werde ein großes Werkzeug der europäischen Regelung vorzüglich zerbrochen. Von neuem gebe es einen Fegen Papier. Was die drohende Auflösung Deutschlands betreffe, so sei sie juristisch teilweise auf die Schwäche des Reparationsregimes, den Mangel wirklicher Führung, seine verfehlte Finanz- und Reparationspolitik und zum Teil auf die furchtbare Politik Frankreichs, das am Rhein und anderweitig einen schonungslosen Druck anwende, der das schwache Vermögen des Deutschen Reichs weit übertreffe. Erste Verantwortung ruhe auf Frankreich vor der Geschichte. Die wirtschaftliche und politische Auflösung Deutschlands würde eine außerordentliche, nicht wieder gutzumachende Katastrophe für Großbritannien und die zentral-europäischen Staaten sein. Großbritannien müsse deutlich erklären, daß es unter gewissen Umständen die notwendigen Schritte für seine eigenen Interessen tun werde ohne Rücksicht auf ihre Wirkung auf alte Freundschaften. Das britische Volk beginne bereits ernstlich durch die französischen Uebungen zu Lande und in der Luft beunruhigt zu werden. Die französische Regierung habe auch den kleinen Staaten große Summen geliehen, um ihren militärischen Hunger zu stillen. Es bestehe Gefahr, daß eine Politik all-zugroßen Edelmutts in der Frage der alliierten Schulden Frankreich in den Stand setze, den Militarismus auf dem Kontinent mit Geld zu unterstützen. Wenn die Dinge so fortbauerten, werde Großbritannien gezwungen sein, sich zu seiner Selbstverteidigung wieder zu bewaffnen. — Solche Reden haben wir schon von Lloyd George, Asquith, Bonar Law, Lord Curzon und Baldwin in derselben oder einer ähnlichen Gedankentrichtung gehört, wenn die englische Regierung sich nicht zur aktiven Betätigung für ihre angebliche Auffassung in zwölfter Stunde entschließt, kann sie nicht erwarten, daß man in Deutschland an ihre ehrliche Gesinnung glaubt.

Der tschechische Staatspräsident zur europäischen Lage.

London, 24. Okt. Präsident Masaryk sagte in einem Interview, Europa sei durch den Krieg demoralisiert. Die Entente müsse aufrechterhalten werden, um weiterhin die internationale Autorität zu vertreten. Die kleinen Mächte müßten bei ihren Streitigkeiten auf die Bestimmungen jener Mächte lauschen, welche des Friedens bedürften. Der Völkerbund habe noch nicht die notwendige Autorität; er müsse durch die Entente unterstützt werden. Masaryk erklärte, er habe einen Plan für die europäische Zusammenarbeit, halte ihn aber zurück, da er die Entwidlung der Ereignisse abwarten wolle. Endlich erklärte er, er halte die Gefahr, daß Deutschland auseinanderbräche, nicht für so groß.

Deutschland.

Nächste Woche Zusammentritt des Reichstags. Berlin, 24. Okt. Der Zusammentritt des Reichstags ist auf nächste Woche verschoben worden.

Zur Zahlungsmittelknappheit bei der Reichsbank.

Berlin, 25. Okt. Infolge der ungeheuren Geldentwertung der letzten Tage und des dadurch gesteigerten Bedarfs an Zahlungsmitteln ist die Reichsbank gezwungen, zum zweitenmal eine Reichsbanknote in den Verkehr zu geben, die durch Ueberdruck einen höheren Wert als den ursprünglich im Text der Note angegebenen erhalten hat. Es handelt sich um die frühere Reichsbanknote zu 5000 Mark, die bisher noch nicht im Verkehr gewesen ist und nun durch Ueberdruck einen Wert von 500 Milliarden erhalten soll.

Berlin, 25. Okt. Da heute außerordentlich hohe Forderungen nach Zahlungsmitteln an die Reichsbank gestellt wurden, die nicht weniger als eine Trillion Reichsmark betragen, mußte die Bank zu Reparationen schreiten. Die Bank ist jedoch bemüht, den Anforderungen in Zukunft gerecht zu werden. Sie hofft, vom Samstag an eine Produktion von 3—400 Billionen Mark pro Tag zu erreichen. Es sollen nur noch sehr hoch lautende Noten gedruckt werden. So ist die Billion-Note in Vorbereitung. Um jedoch den Verkehr weiter zu erleichtern, werden Interimscheine der Goldanleihe, die seit gestern gedruckt werden, alsbald, vielleicht schon morgen, ausgegeben werden.

Eine Rundgebung des Parteivorstands der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 24. Okt. Wie die „Nationalliberale Korrespondenz“ mitteilt, trat der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei gestern in Berlin zu mehrstündigen Verhandlungen über die politische Lage zusammen, deren Ergebnis in einer Rundgebung zusammengefaßt wird, in der den deutschen Brüdern am Rhein und an der Ruhr für ihren heldenmütigen Kampf gedankt und allen separatistischen Plänen Feindschaft und Widerstand angefaßt wird. Mit Schärfe wendet sich die Rundgebung auch gegen Versuche, den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zusammenhang in den Ländern Preußen, Bayern und Hessen zu stören. Des Reiches Einheit und Ansehen stehe über allem. Die Rundgebung erklärt weiter, die Reichswehr sei das einzige Machtmittel und die lebendige Erinnerung an die Tage unserer alten, ruhmreichen Armee. Dank sei ihr und ihren Führern, daß sie sich fest und treu in dieser Stunde hinter die Reichsgewalt gestellt haben. Sie beweist damit aufs neue, wie leichtfertig die Verdächtigungen durch Leute wie Zeigner und andere Linksradikale sind. Der General jedoch, der es wagen konnte, in dieser lebensgefährlichen Stunde des Reiches durch Funkspruch an die Reichswehr den Anschein der Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Reich auf sich zu laden, stellt sich damit außerhalb der Reihe der Soldaten, denen die Begriffe des Gehorsams, der Treue und der ehrliebenden Hingabe an das Vaterland zu lebendig geblieben sind, trotz aller politischen Zwietracht der Gegenwart. Ihn trifft das Urteil des deutschen Gewissens mit unbarmherziger Schärfe. Um die Einheit des Reiches zu retten, darf auch bei dem Streit mit Bayern kein Weg unversucht bleiben. Die Rundgebung fordert dann schleunige Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel und betont, daß die Partei sich in den in der Rundgebung niedergelegten Richtlinien völlig mit ihren Führern eins wisse.

Der Kommunistenputsch in Hamburg niedergeschlagen.

Hamburg, 24. Okt. Die staatliche Pressestelle teilt mit: Um 4.30 Uhr war die Widerstandskraft der Auführer gebrochen. Einzelne Schärmügel in einzelnen Stadtteilen vermögen an dieser Feststellung nichts mehr zu ändern. Die Zahl der gefallenen Polizisten hat sich auf 11, die der Verwundeten auf 34 erhöht. Ein Beamter wird vermißt. Der Säuberungsaktion in Schiffbek stellten die Auführer sehr starke Gegenwirkung entgegen, indem sie sich mit Maschinengewehren verteidigten. Gegen 3 Uhr waren alle kommunistischen Nester ausgeräumt. Näheres über die beiderseitigen Verluste steht noch nicht fest. In Bergedorf ist die Säuberungsaktion noch im Gange. Im Laufe des Vormittags bildete sich beim Gewerkschaftshaus eine größere Ansammlung, die Einlaß verlangte, um die Gewerkschaften für den Generalstreik zu gewinnen. Herbeieilende Schutzpolizisten wurden mit Schüssen empfangen. Einige Personen wurden festgenommen und die Menge zerstreut. Weiter versuchten heute morgen Erwerbslose auf dem Heiligengeistfeld eine Aktion gegen Passanten und den Verkehr einzuleiten. Die Polizei kesselte etwa 250—350 Personen ein und brachte sie zur Polizeiwache, wo sie nach Waffen durchsucht wurden. Einige Leute, die im Besitz von Waffen waren, wurden festgenommen, die übrigen entlassen.

Beginn des Rüstliner Aufbruchprozesses.

Rottbus, 22. Okt. Heute vormittag begann hier der Rüstliner Aufbruchprozess, in dem Major a. D. Buchdrucker und Herzer sowie 12 Genossen angeklagt sind. Gemäß § 173 der Strafprozessordnung beantragte der Staatsanwalt, die Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlungen auszuschließen.

Rottbus, 23. Okt. In der Nachmittagsstunde gegen die Führer des Rüstliner Putsches wurde die Vernehmung der beiden Hauptangeklagten, Major Buchdrucker und Herzer, zu Ende geführt. Buchdrucker bestritt jegliche hochverräterische Absicht u. behauptete, seine Aktion in Rüstlin sei nur eine Demonstration gewesen, durch die er die Aufhebung des gegen ihn erlassenen Haftbefehls habe erzwingen wollen. Herzer erklärte, daß er nur als Untergebener Buchdruckers gehandelt habe und dessen Befehlen gefolgt sei. — Heute Vormittag findet die Vernehmung der übrigen Angeklagten statt. Heute Nachmittag gedenkt man mit dem Verhör der Zeugen zu beginnen.

Bon
meister
ster Dr.
bairischen
gegeben,
ten, um
tont will
danke
An eine
gedacht.
To
Bon
Friedhöf
tigen, M
Beramm
kreisom
Zu d
befeihl
uns noch
Organis
des Land
schaften
vereins
die Lan
haben, a
ihrer Er
Notwend
len. Eb
der Auf
Notlage
ten Fri
befeihl
Preistr
mit Bef
scharjen
teilte m
gut dur
geben;
jahre.
sache au
tember
Die
betimm
Klagen
werbebe
der Weis
während
hin, wie
Gefährte
stellen.
50)
Rüdi
Das Gef
Habe der
Ten, als
richtig, m
Als
Kasche
„Berline
Cherbour
gekauft.
die ihm
in den
Mittelm
ein Piste
rechte D
leht bli
einer ho
und über
sollen de
haben.“
Das
des Wa
schen, un
menhang
fahr gef
lassen so
Rüdi
halten
langen.
Und er
Gesicht a
Da w
Hals; er
hob und
er nach

Badische Goldschahanweisungen zum Zweck der Mobilisierung der Ernte.

Mannheim, 25. Okt. Der Minister des Innern, Staatspräsident Kemmle, hat in einer Wahlkreis-Konferenz der Sozialdemokratischen Partei Mitteilung gemacht von dem Entschluß der badischen Regierung, Goldschahanweisungen auszugeben. Zu diesem Schritt sehe sich die badische Regierung genötigt, weil es durch den Verfall der Papiermark nicht möglich sei, die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Der Landwirt könne, wenn er nicht offenen Auges dem totalen Wirtschaftsrin entgegengehen wolle, seine Produkte nicht in dem Umfange absetzen, wie das volkswirtschaftlich notwendig sei. Dadurch stehe aber die Ernährung des Volkes auf einer ganz unsicheren Basis. Um die Ernte hereinzubringen, müsse dem Landwirt ein wertbeständiges Geld gegeben werden, das ihn in die Lage versetze, auch in späterer Zeit seine Bedürfnisse zu decken. Diesem Zwecke solle ja auch die Reichsrentenmark dienen. Bis diese Mark jedoch im Verkehr sei und bis diese sich das Vertrauen des Volkes erworben habe, drohe die Währungsatastrophe die deutsche Wirtschaft zu vernichten. Die Erfahrungen der letzten Tage drängten zum schnellen Handeln, ehe es zu spät sei. Die Goldschahanweisungen des Landes Baden würden in Stücken von 1, 3, 5 und 10 Dollar à 4,20 Mark ausgegeben. Die badische Staatsschuldenverwaltung löse die Scheine in Goldwährung zuzüglich 5 Proz. Zinsen, also den 4,20 M.-Schein zu 4,90 M. vom 2. Mai 1927 ab ein. Für die durch die Ausgabe der Schatzscheine in dem Lande Baden entstandenen Schulden hafte das Land Baden mit seinem Gesamtvermögen. Die Schuld samt Zinsen werde aus dem Holzergös des Landes in der am Fälligkeitstage geltenden Währung zurückgezahlt, wobei der Dollarkurs zum Durchschnitt der Mittelkurse der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung New York in der Zeit vom 15. 3. bis 15. 4. 1927 umgerechnet werde. Der Anspruch auf Rückzahlung erlösche, wenn die Schatzscheine nicht binnen 5 Jahren nach dem Fälligkeitstage zur Einlösung vorgelegt würden. Sobald die Ernte geerntet sei, würden die landwirtschaftlichen Verbände um die feste Übernahme der Schatzscheine ersucht werden. Es würden die Scheine auch in die Wirtschaft gebracht werden, um sie für den allgemeinen Verkehr nutzbar zu machen. Auch Goldpfennigscheine würden angefertigt werden. Die Erwägungen hierüber seien noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls soll die wertbeständige badische Währungs schleunigst und noch vor Herausbringung der deutschen Rentenmark in Umlauf gesetzt werden, um den katastrophalen Niedergang des Wirtschaftslebens tunlichst aufzuhalten.

Ein Grundfehler.

Ein Rechenfehler, so schreibt die „Konst. Ztg.“, ist bei Einführung der Goldmarkrechnung unterlaufen. Bei der Goldmarkrechnung bedienen sich nämlich die Deutschen, weil sie Deutsche sind, des amerikanischen Dollars als Rechenmarke und sagen: ein Dollar gilt 420 Goldpfennige. Andere sind großzügiger und sehen vier Goldmark einem Dollar gleich. Das tun nicht nur die Privatleute, sondern auch das Reich bei seiner Goldanleihe. Aber die Rechnung stimmt nicht. Ein Dollar von 1913 war wohl 420 Goldpfennigen gleich; aber ein Dollar von 1923 ist es nicht mehr. Richtig müßte es heißen: ein Dollar gleich 269 Pfennig. Warum? Weil die Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten von 100. (1913) auf 156 (1923) gestiegen und die Dollars dadurch auf 100x156 entwertet sind. Vor dem Kriege waren 100 Dollar gleich 420 Goldmark; jetzt aber braucht man 156 Dollar dazu. Die Deutschen rechnen mit der großen Goldmark von 1914, aber mit dem kleinen Dollar von 1923. Deshalb sind unsere Preise viel zu hoch; sie müßten von 420 auf 269 oder um 36 Prozent herabgesetzt werden. Welche ungeheuren Folgen dieser Rechenfehler für den Geschäftsgang hat, für die Aufträge, die Auslandsbestellungen, für Handelsgewinn und Arbeitslohn, das mag sich jeder selbst einmal überlegen.

Landesproduktbörse.

(ECB.) Stuttgart, 25. Okt. Die Getreidepreise sind enorm gestiegen. Weil in Berlin Getreide und Mehl nur noch nach Goldmark behandelt werden, kamen nur wenige Abschüsse zustande. Es notierten je 100 Rilo in Milliarden Mark: Weizen 230-250 (am 18. Oktober: 22-24), Sommergerste 200-220 (18-20), Roggen 220-230 (20-22), Hafer 160-180 (15-17), Weizenmehl 500-540 (46-50), Brotmehl 450-480 (42-45), Kleie 70-80 (7-8), Weizenheu 35-45 (-), Kleeheu 45-55 (-), Stroh 35-45 (-).

Der neue Erzeugermilchpreis.

(L. C.) Der neue Erzeugermilchpreis für die Zeit vom Samstag, den 27. bis einschl. Dienstag, den 30. Okt. beträgt für 1 Liter Frischmilch frei Sammelstelle 1 Milliarde Mk.

Märkte.

(ECB.) Stuttgart, 25. Okt. Dem Donnerstagsmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 59 Ochsen, 24 Bullen, 100 Jungbullen, 84 Jungriinder, 173 Kühe, 217 Kälber, 77 Schweine, 41 Schafe. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Milliarden: Ochsen 1. Qual. 2,5

bis 2,8 (letzter Markt: 1,9-2), 2. Qual. 1,8-2,3 (1,5-1,8); Bullen 1. Qual. 2,4-2,5 (1,8-1,9), 2. Qual. 1,6-2,1 (1,6-1,8); Jungriinder 1. Qual. 2,5-2,8 (1,9-2), 2. Qual. 2,2-2,4 (1,75 bis 1,9), 3. Qual. 1,6-2 (1,4-1,7); Kühe 1. Qual. 1,9-2,1 (1,6-1,75), 2. Qual. 1,4-1,8 (1,4-1,6), 3. Qual. 1-1,3 (0,9 bis 1,2); Kälber 1. Qual. 3,5 (2,2), 2. Qual. 2,8-3,2 (1,9-2), 3. Qual. 2,5-2,6 (1,6-1,8); Schweine 1. Qual. 4 (3,6-4), 2. Qual. 3,5-3,8 (3,3-3,5). Verkauf des Marktes: Bei Schweinen und Kälbern lebhaft, bei Großvieh mäßig belebt.

(ECB.) Tettung, 25. Okt. (Hopfen.) Am Mittwoch wurde wenig gekauft zu Preisen bis 1,8 Billionen.

Die amtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da sie jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Rücksicht kommen. D. Schriftl.

Anzeigen-Schlüsselzahl 12 000 000

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienst.

am 28. Oktober 1923, 22. S. n. Dreiein. Dpfertag für die Kirchenpflege als Ersatz für Kirchensteuer. V. Turm: 534. 1/10 Uhr Predigt, Stefan Jeller, Eingangslid Nr. 498 'Ich wollt', daß ich daheim wär; 11 Uhr Sonntagsschule; 1 Uhr Christenlehre (Töchter jüngere Abt.); 8 Uhr (Vereinshaus) Vortrag Springer: „Der Christ und der Dollar“. Donnerstag, 1. November, Bibelstunde.

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, den 28. Okt. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr, Gottesdienst in Bad Liebenzell. Donnerstag, Fest Allerheiligen, 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Allerseelenpredigt u. Hochamt, 2 Uhr Totenvesper. Freitag, Allerseelen, 8 Uhr Requiem.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, 28. Oktober, vorm. 10 Uhr Predigt, Blecher, 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Predigt, Flößer. Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde, Flößer. Stammheim: vorm. 10 Uhr Erntedankfest, Flößer, nachm. 2 Uhr Festgottesdienst, Mittwoch, 8 Uhr Bibelstunde, Blecher.

Für die Schlichtung verantwortlich: Otto Seimann, Calw. Druck und Verlag der W. Dehlinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Allgemeine Ortskrankenkasse für d. Oberamtsbezirk Calw. Grundlohsänderung ab 22. Oktober 1923.

Kranken-Verf. Klasse	Grundlohn Millionen Mark	Tagesbeitrag Millionen Mark	Inn.-Verf. Klasse	Wochenbeitrag Millionen Mark
1	420	35,7	44	190
2	2100	178,5	45	250
3	4200	357,0	47	520
4	6300	535,5	48	740
5	8400	714,0	50	1160
6	10500	892,5	50	1160
7	12600	1071,0	50	1160
8	14700	1249,5	50	1160
9	16800	1428,0	50	1160
10	18900	1606,5	50	1160

Calw, den 25. Oktober 1923. Verwalter: Prof.

Bad Liebenzell, den 25. Oktober 1923.

Lieferschüttelt teile ich hierdurch mit, daß meine liebe Frau

Emilie, geb. Kellermann **†** aus Buschweiler, Unter-Elß, heute Nacht im Alter von 59 Jahren 8 Monaten ganz unerwartet zur ewigen Heimat abberufen wurde.

Prof. Dr. W. Hergesell.

Die Beerdigung findet Samstag, den 27. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, statt.

Der Krankenpflege-Verein Calw

steht sich unter Anpassung an die schwankenden Geldverhältnisse genötigt, die Form der Beitragsammlung zu ändern. Er wird unter Zugrundlegung des bisherigen Beitrages (ein Drittel des Friedensjahres = 7 Goldpfennig für das Vierteljahr) jeweils nur soviel Geld sammeln lassen, als er augenblicklich braucht. Die Sammlung für das 4. Oktoberviertel beginnt schon jetzt und endet am 31. Dezember d. J. Die Umrechnung geschieht nach dem Tageskurs. Augenblicklich sind 7 Goldpfennig = 1 Milliarde Mk. Der Rechner.

Ev. Volksbund, Bezirk Calw.

Vorträge über soziale Gegenwartsfragen im Licht evang. Christentums von U. Springer-Stuttgart: 25. Okt. 1/8 Uhr Stammheim (Gemeindeaal), 26. Okt. 1/8 Uhr Althengstett (Schule), 27. Okt. 8 Uhr Calw (Vereinshaus, für die Jugend), 28. Okt. nachmittags 3 Uhr Liebenzell (Gemeindehaus), 28. Okt. 8 Uhr Calw (Vereinshaus), 29. Okt. 8 Uhr Teinach, 30. Okt. Altburg (alte Schule). Jedermann willkommen.

Achtung! Kaufe Freitag u. Samstag noch im Köhle Hauslumpen per Rg. 200 Millionen, Wollgestricktes " " 500 " Neuschabfälle " " 300 " Alteisen und sämtliche Altmetalle zu höchst. Tagespreisen. Stöffler, Stuttgart.

Neuer **Auszugtisch** wird gegen Lebensmittel getauscht. „Lamm“ 1. Stock. **Mehl tauscht gegen Kartoffel** Karl Gehring, Lederstr. Tausche ein **Läuferfahwein** gegen Frucht oder Wehl. Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl. **Bettlade** und Unterbett gegen Weizen oder Wehl zu vertauschen. Badstraße 375, 2 Treppen

Warum ist die Anzeige in der Tageszeitung die erfolgreichste Reklame??

Die Tageszeitung wird in allen Schichten der Bevölkerung gelesen; sie geht in den Familien von Hand zu Hand, liegt in den Fabrik- u. Handelskontoren, in den Schreibstuben der Behörden auf, sie wird täglich von Tausenden an zahlreichen Verkehrs- u. Gaststätten zur Hand genommen.

Verbreitung und Gelesenheit der Tageszeitung vereinigen sich so zu außerordentlicher Werbewirkung.

Samstag Mittag 11 1/2 Uhr verkauft 2 fast neue **Kleiderkästen** u. 4 elektr. Lampen Regine Soulier, Stammheim.

Baumaterialien tauscht gegen Kartoffeln Obst, Mehl usw. Alfred Pfeiffer, Baumaterialien, Fernspr. 97.

Hochzeitsanzug tauscht gegen Lebensmittel, womöglich Kartoffeln, Vorstadt 243.

Ostertag - Rassenchränke kurzfristig lieferbar Georg Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Jeder Gewerbetreibende wendet sich bei Bedarf an Drucksachen aller Art, als Briefbogen, Rechnungen, Postkarten, Zirkularen, Preislisten usw. an die Druckerei dieses Blattes.

Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland